

GZ.: MD - 10047/2010

Betreff:

**Belastungsvergleichs-
studie unter
Exekutivbeamtinnen und
-beamten**

Bearbeiter: Mag. Wolfgang Hübel
Telefon: 0316/872-2260
Telefax: 0316/872-12201
e-mail: wolfgang.huebel@stadt.graz.at
DVR 0051853

Graz, am 22.3.2010

Antrag gemäß § 45 Abs 2 Z 15 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967,
LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 41/2008

Berichtersteller/in:

.....

Bericht
an den
Gemeinderat

Herr Gemeinderat Stefan Schneider namens der Die Grünen-ALG und Herr Gemeinderat Bernhard Kraxner namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs haben in der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner 2010 den Antrag gestellt, wonach der Gemeinderat der Stadt Graz bei der Bundesregierung „eine Belastungsvergleichsstudie von ExekutivbeamtInnen in den Städten und am Land“ anregen wolle. Begründet wird dies im Wesentlichen damit, dass die Belastungen durch die Herausforderungen, die der Polizeidienst in Städten mit sich bringt, deutlich höher als am Land sind und dies zum Wunsch einer Versetzung auf eine Dienststelle im ländlichen Bereich bei vielen PolizistInnen führt. Es sei daher erforderlich, mit einer Belastungsvergleichsstudie dies zu verifizieren, um in der Folge eine objektive Grundlage für die Personalplanung der Polizei zu haben. (s. Beilage).

Dazu ergeht seitens der Magistratsdirektion – Sicherheits- und Veranstaltungsmanagement die folgende Stellungnahme:

Durch die spezielle Situation in einer Stadt wie Graz – von der Bevölkerungs- und Verkehrsdichte angefangen bis hin zu höheren Verbrechensraten in Ballungsgebieten - scheinen sich deutliche Mehrbelastungen der ExekutivbeamtInnen in der Stadt gegenüber jenen, die am Land ihren Dienst versehen, zu ergeben. Da unterschiedliche Belastungen aber auch in der personellen Ressourcenplanung Berücksichtigung finden sollten, könnte eine Studie, wie sie im Gemeinderatsantrag angesprochen ist, insbesondere bei einer externen Erstellung wertvolle Grundlagen für die weitere Beurteilung liefern. Knapp fünf Jahre nach der mit 1. Juli 2005 in Kraft getretenen Polizeireform erscheint eine solche Studie auch im Sinne einer Evaluierung sinnvoll.

Aus diesen Gründen stellt der Stadtsenat den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Da die Belastungen von ExekutivbeamtInnen in der Stadt und auf dem Land sehr unterschiedlich zu sein scheinen, wird die Bundesregierung ersucht, eine diesbezügliche Belastungsvergleichsstudie erstellen zu lassen, um hier objektive Daten zu erhalten, die in der Folge auch bei der personellen Ressourcenverteilung zu berücksichtigen wären.

Der Bearbeiter:

Der Magistratsdirektor:

Der Bürgermeister:

Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Stadtsenats am

Der Vorsitzende:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung		
<input type="checkbox"/>	bei Anwesenheit von GemeinderätInnen	
<input type="checkbox"/>	einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) angenommen.	
<input type="checkbox"/>	Beschlussdetails siehe Beiblatt	Graz, am Der / Die SchriftführerIn:

Beilage

GR-Antrag vom 21.1.2010